

Haushaltsrede CDU-Fraktion 30.01.2025

Julia Mayer, Fraktionsvorsitzende

Kürzen statt sparen! Dass Ausgaben kürzen das Gebot der Stunde ist, haben Sie, Herr Oberbürgermeister Palmer in Ihrer Neujahrsansprache unter Bezug zu Rommel korrekt dargestellt.

Wie sich in den Haushaltsberatungen herausgestellt hat, ist die Mehrheit des Gemeinderats aber für „Wenig kürzen und das mehrstellige Millionenloch im Haushalt durch Grund- und Gewerbesteuererhöhungen füllen“. Hier gehen wir als CDU-Fraktion nicht mit.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Palmer, lieber Herr Erster Bürgermeister Soehlke, liebe Frau Bürgermeisterin Dr. Schäfer-Vogel und liebe Verwaltung, insbesondere liebe Finanzverwaltung, allen voran Frau Günthner und Frau Geiss,

auch an dieser Stelle möchte ich gerne nochmals meinen herzlichen Dank an Sie richten – für die guten Gespräche, die Energie und Zeit, die Sie in den Haushalt und die Haushaltsberatungen gesteckt haben.

Wie einleitend ausgeführt sind die Haushaltsberatungen nicht so verlaufen, wie diese unseres Erachtens hätten verlaufen sollen, vor dem Hintergrund der Haushaltssituation und der Verantwortung des Gemeinderats, für eine geordnete Haushaltswirtschaft – auch mit Weitblick auf die nächsten Jahre (Thema mittelfristige Finanzplanung) – zu sorgen.

Die „fetten Jahre“ sind vorbei und sie werden auch erst mal – wenn ich bspw. auf unsere Unternehmen blicke – nicht mehr kommen. Und damit muss auch das über unsere Verhältnisse Leben ein Ende haben.

In den Haushaltsberatungen ist es uns – und ich spreche hier nicht nur für die CDU-Fraktion, sondern auch für die Tübinger Liste und die FDP – nicht gelungen, weitreichende Kürzungen vorzunehmen, die wir als notwendig erachten. Komplette Kürzungen von ganzen Positionen wie der Subventionierung des Deutschlandtickets und der Streichung des kostenlosen Tü-Busses am Samstag, das frühzeitige Kürzen bestimmter weiterer Positionen, das aus der Reserve holen anderer.

Wir sind diese Haushaltsberatungen angegangen mit der klaren Prämisse, dass wir kürzen müssen und zwar weitreichend kürzen müssen. Und ich sage es nochmals, wie bereits in meiner ersten Rede: Nicht, weil uns das alles Spaß macht, sondern weil wir uns in der Verantwortung sehen, Einsparpotenziale zu finden, die den Haushalt langfristig auf den richtigen Weg bringen.

Und wir haben den Willen, zu kürzen, zumindest für ein „Kürzen Light“, auch bei einigen anderen Fraktionen gesehen. Was uns aber auch begegnet ist: Eine zunehmende Aufweichung der Verwaltungsvorschläge und eine – man könnte sagen – „umgekehrte Salami taktik“, die oftmals zu einer nur hälftigen Kürzung der Ausgaben führte.

Eine Vorgehensweise, die – liebe SPD – sachlich absolut begründbar ist, aber nicht dem Ernst der Lage gerecht wird. 25.000 € weniger hier, 140.000 € weniger da – insgesamt landet man dann alleine unter Betrachtung der Kürzung der Kürzungsvorschläge der Verwaltung durch SPD-Anträge bei einer guten halben Million. Die Posten, die die SPD in die Reserve schieben wollte mal ganz ausgenommen.

Sparen bzw. Kürzen ist massiv unbeliebt, weil Politik in der Regel genau andersrum funktioniert. Man möchte Projekte realisieren, sein eigenes Wahlprogramm umsetzen, investieren und die Stadt zu einem noch besseren Ort machen.

Als CDU-Fraktion ist es aber unser Anspruch und unsere Verantwortung zugleich, ehrlich zu sein gegenüber unseren Wählern, den Bürgern Tübingens. Und deshalb wollten wir in der letzten Verhandlungsrunde auch, dass alles auf den Tisch kommt. Auch das Thema Steuern, das manch andere Fraktionen schieben wollten. Es gehört aber mit auf den Tisch, da es ein zentrales Haushaltsthema ist – gerade vor dem Hintergrund des Vorschlags, die große Haushaltslücke durch Steuererhöhungen zu schließen.

Und ich will das an dieser Stelle nochmals sagen: Man macht es sich mit der Forderung nach Steuererhöhungen – Grund- und Gewerbesteuern – sehr einfach. Weil man sich eben nicht einer harten Aufgabenkritik, die sicherlich über die Positionen der Liste hinausgehen müsste, stellt.

Wir fordern, und das haben wir eingangs bereits erwähnt, dass diese Liste erweitert wird. Der im Rahmen der Konsolidierung eingesparte Gesamtbetrag in 2025 von etwa 2,4 Millionen € ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein in diesem und vor allem in den darauffolgenden Jahren. Uns fehlen Stand jetzt etwa 25 Millionen € zu einem ausgeglichenen Haushalt – im neuen und geltenden Haushaltsrecht der Doppik betrachtet.

Und auch wenn große Finanzpositionen des Haushaltslochs auch von extern verursacht wurden können wir nicht warten bis evtl. auch wieder ein externer Effekt diese Situation entspannt. Und wir müssen uns auf der anderen Seite auch eingestehen, dass wir in Tübingen lange über unsere Verhältnisse gelebt und viele Luxusprojekte realisiert haben.

Und wir halten es für völlig falsch und unangemessen, die Grundstücksbesitzer, deren Mieter, unsere regionale Unternehmen nun dafür zur Kasse zu bitten.

Grundstücksbesitzer, das sind nämlich nicht nur reiche Privatiers. Nein, es sind zum Großteil Menschen, die ihr ganzes Leben hart für ein eigenes Häusle gearbeitet haben, es vielleicht noch abbezahlen. Es sind Familien, die sich ihren Wohlstand hart erarbeitet haben, die sich ihr eigenes Häusle verdient haben. Es sind Rentner, die sich darüber freuen, nun endlich ihr Eigenheim zu haben und im Alter mit ihrer Rente keine Miete zahlen und keine Rückzahlungen mehr leisten zu müssen. Und es sind Mieter, auf die diese Grundsteuererhöhung 1:1 umgelegt wird. Und im Übrigen sind es auch die Menschen in den Teilorten, deren Grundstücke naturgemäß einfach größer sind.

Ja, und auf der anderen Seite stehen die Unternehmen, die bereits eine hohe Gewerbesteuerlast tragen und angesichts der Bundespolitik mit ganz anderen wettbewerbsgefährdenden Maßnahmen konfrontiert sind. Unternehmen, die ihren Hauptsitz auch verlagern können.

Kurzum: Eine Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuern kann nicht die Lösung für das Haushaltsloch sein. Zumindest nicht, wenn es nach uns geht.

Wir freuen uns, dass die anderen Fraktionen in den Haushaltsberatungen auch die Bedeutung der Teilorte und deren Eigenständigkeit sowie der Stadtteile anerkannt haben und eine Streichung deren Verwaltungsstellen zumindest jetzt nicht zur Disposition steht. Auch bei der Vereinsarbeit konnten wir größere Kürzungen abwenden.

In Bezug auf die Sicherheit im öffentlichen Raum haben wir leider keine Mehrheit dafür gefunden, die vier zur Diskussion gestellten Stellen im Nachdienst des Kommunalen Ordnungsdiensts zu erhalten.

Zwei davon werden nun gestrichen. Ein wie ich finde fatales Signal, gerade vor dem Hintergrund der Überbelastung im Sommer mit einhergehenden Angriffen auf die Mitarbeiter im Kommunalen Ordnungsdienst.

Die Diskussion um die Privatisierung der Müllabfuhr wurde in die Reserve genommen, sodass sich alle nochmals darüber klarwerden können, welche Verschlechterungen in der Qualität mit solch einer Privatisierung einhergehen und welche Kostenersparnis dadurch tatsächlich entsteht – aber vor allem, wie mit den Mitarbeitern umgegangen wird.

Beim Neujahrsempfang gab es Brezeln zum selber Bestreichen. Damit konnten die Kosten um etwa die Hälfte gesenkt werden.

Beim Haushalt sind wir nach vier intensiven Haushaltsberatungstagen weit entfernt von einer hälftigen Streichung des Haushaltslochs, nochmals Haushaltsloch. Also wir reden gar nicht von einem ausgeglichenen Haushalt bei diesem Vergleich.

Wie ausgeführt können wir als CDU-Fraktion mit diesem Haushalt nicht mitgehen, da wir in einigen anderen Fraktionen nicht den Willen sehen, drastische Kürzungen mitzutragen, nicht in der seitens der Stadt ausgearbeiteten Tabelle und auch nicht mit dem darüber hinaus Beantragten.

Anders ausgedrückt: Unseres Erachtens müsste man die Butter ganz von der Brezel nehmen, ja, wahrscheinlich sogar die Brezeln streichen, um den Haushalt in eine – auch langfristig – vor dem Hintergrund der haushalterischen Vorgaben zielführende Richtung zu bringen. Wir wären dabei und haben Angebote gemacht, die aber keinen Zuspruch fanden, denn weitreichendes Kürzen ist unpopulär, tut weh und führt zu Einschnitten. Zur langfristigen Haushaltskonsolidierung wäre es aber richtig, ja notwendig.

Anstatt die Einnahmen zu erhöhen, um ein mehrstelliges Millionenloch zu schließen, sollte eine ehrliche Aufgabenkritik stattfinden.

Kurzum: Keine Zustimmung der CDU-Fraktion zu diesem Haushalt.

Vielen Dank!